

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen
„Festertunden“ und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn 4.1.60
Einzelnnummer 10 ¢
Erscheint an jedem Werktag
Dreizehntel Seite im O.A.-Bezirk Nagold
Gesamtleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Herr Sailer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage
„Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Stelle aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 ¢, Familien-Anzeigen 12 ¢, Reklame-Stelle 45 ¢, Sammelanzeigen 50% Aufschlag
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Anzeigen und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postkassenkonto Stuttgart 5118

Nr. 282

Gegründet 1827

Freitag, den 2. Dezember 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

Die Studentenschaft gegen die Becker'sche Verordnung

Bei der Abstimmung der preussischen Universitäten und Hochschulen über die Verordnung des Kultusministers Becker betr. das neue Studentenrecht vom 23. Sept. d. J. ergab sich eine überwältigende Mehrheit gegen die Verordnung.

Die Verordnung wurde abgelehnt von der Universität Kiel mit 1054 gegen 187 Stimmen (Wahlberechtigte 1572), Universität Königsberg 1255 gegen 168 (2113), Universität Greifswald 815 gegen 55 (1195), Universität Breslau 1740 gegen 691, Technische Hochschule 555 gegen 101, Universität Köln 2200 gegen 563, Universität Frankfurt am Main 1101 gegen 420, Technische Hochschule Hannover 1337 gegen 187, Tierärztliche Hochschule 204 gegen 4, Forstakademie Hannover-Münden 112 gegen 1, Medizinische Akademie Düsseldorf 46 gegen 26 (86), Bergakademie Clausthal (wie bereits berichtet) 291 gegen 3, Universität Halle 1513 gegen 98, Universität Münster i. W. 902 gegen 72, Techn. Hochschule Aachen abgelehnt, Universität Berlin 4461 gegen 2575 (Wahlberechtigung 80 v. H., Technische Hochschule und Bergakademie Charlottenburg 1574 gegen 541, Tierärztliche Hochschule Berlin 199 gegen 6, Landwirtschaftliche Hochschule Berlin 343 gegen 19, Forstwirtschaftliche Hochschule Eberswalde 67 gegen 0, Universität Bonn 1702 gegen 978, Landwirtschaftliche Hochschule Bonn-Poppelsdorf 333 gegen 42 Stimmen. Sämtliche 27 preussische Hochschulen haben die Verordnung mit großer Mehrheit abgelehnt. Eine Mehrheit für sie ergab sich nur an der Philosophisch-theologischen Akademie in Strausberg (Ostpr.), die aber nur 33 Studierende zählt.

Erklärung der Danziger Studentenschaft

Die Studentenschaft der Technischen Hochschule in Danzig veröffentlicht folgende Kundgebung:

Die Danziger Studentenschaft hat, durchdrungen von der Ueberzeugung und dem Willen, daß die Technische Hochschule in Danzig deutsch bleiben muß, den Volksbürgergrundsatz als die Grundlage der Zusammensetzung der deutschen Studentenschaft in Danzig angenommen. Sie erblickt in der Verordnung des preussischen Kultusministers Becker einen ungewöhnlichen Eingriff in das Wesen und die Grundlagen der akademischen Freiheit und sieht darin den Versuch, die deutsche Studentenschaft von den herrschenden Parteien in Preußen abhängig zu machen. Die deutsche Studentenschaft Danzig werde die in der Verordnung enthaltenen Bestrebungen auf das schärfste bekämpfen.

Becker löst die Studentenverwaltung auf

Berlin, 1. Dez. Das Ergebnis der Abstimmungen auf den preussischen Hochschulen hat die Regierung überrascht. Kultusminister Becker will nun, wie die B. Z. berichtet, den Studentenschaften Preußens mitteilen, daß sie keine staatlich anerkannte Organisation mehr seien und daß ihnen daher alle Rechte auf Mitwirkung an der akademischen Verwaltung entzogen werden. Die Universitätsbehörden werden angewiesen, keinerlei Verhandlungen mit den Studentenschaften mehr zu führen und keine Beitragsgelder für sie zu erheben.

Deutscher Reichstag

Berlin, 1. Dezember.

Abg. Aufhäuser (Soz.) begründet die soz. Anfrage betr. gleiche Maßnahmen bei öffentlichen und privaten Anleihen, Senkung der Lebensmittelpreise, Erhöhung der sozialen Renten.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius: Heute hat sich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt, daß in der nächsten Zukunft die Aufnahme von Anleihen nicht entbehrt werden kann. Die Gesamtanleiheverschuldung beträgt etwa 5 Milliarden bei einem Eigenkapital der deutschen Privatwirtschaft von rund 34 Milliarden. Auch die Gemeinden müssen sich in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung einfügen. Die Reichsregierung halte an dem Bestreben, die Zölle zu senken, fest. Besonders wichtig sei die schnelle Durchführung der allgemeinen Verwaltungsreform.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Man kann feststellen, daß die Löhne allgemein mit der Konjunktur durchschnittlich gestiegen sind. Auch die Sozialrenten haben z. T. eine beträchtliche Erhöhung erfahren, und zwar in einem Maß, daß die Beitragslast der Versicherten und der Unternehmender, wie auch die Leistungsfähigkeit des Reichs aufs äußerste angepannt worden ist. Ebenso sind die Bezüge der Angestellten gestiegen. Für die Kleinrentner und die Kriegsschädigten sind Hilfsmaßnahmen bereits eingeleitet.

Abg. Rademacher (Dnt.) nimmt den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gegen sozialdemokratische Angriffe in Schutz. Es ist unbefreitbar, daß die Stadtgemeinden in ihrer Ausgabenwirtschaft heute weit freigebiger sind als in der Vorkriegszeit. — Fortsetzung Freitag 3 Uhr.

Radikale russische Vorschläge

Vom Vorbereitenden Abrüstungsausschuß

Genf, 1. Dez. Im Vorbereitenden Abrüstungsausschuß verurteilte gestern der Moskauer Vertreter Litwinow die bisherigen Arbeiten des Völkerbunds als fruchtlos; sie werden auch keine Aussichten haben, wenn sie in bisheriger Weise weiter betrieben werden. Sodann entwickelte er die Abrüstungsvorschläge Sowjetrusslands: Auflösung aller stehenden Heere und Flotten, Vernichtung aller Waffen und Munition usw., Zerstörung aller militärischen Gebäude und Kriegsfahrzeuge, Aufhebung der allgemeinen Dienstpflicht, Verbot der Ausbildung militärischer Reserveoffiziere, Schleifung der Festungen und Waffenfabriken, Abschaffung der Kriegsmilitärien, Verbot kriegerischer Werbung usw. Die Sowjetregierung habe die Einladung zur Konferenz in der Absicht angenommen, um Klarheit darüber zu schaffen, welche kapitalistischen Staaten ernstlich den Frieden wollen. Litwinow schlug dann eine Entschliebung vor, nach der 1. sofort ein Abkommen für eine allgemeine Abrüstung auf der Grundlage der Moskauer Vorschläge ausgearbeitet, und

2. die Abrüstungskonferenz zur Bestätigung dieser Vorschläge spätestens im März n. J. einberufen werden soll.

Für den Fall der Ablehnung brachte Litwinow einen Antrag ein, daß allmählich im Laufe von 4 Jahren die völlige Abrüstung allgemein durchgeführt werde. Die Abrüstung bleibe ein Reibelgebilde, wenn sie von den Bedingungen abhängig gemacht werde, die die Abrüstungskommission vorgegeben habe. Ein Abrüstungsprogramm mit „Sicherheiten“, internationalen Sicherheitsabkommen und militärischen Bündnisverträgen sei völlig undurchführbar. Wenn diese Bahnen nicht verlassen werden, könne man bis ins Unendliche über Abrüstung reden und es komme niemals etwas heraus. Die beste Gewähr für die Sicherheit sei die Abrüstung.

Der Franzose Paul Boncour meinte, aus Höflichkeit gegen die zum erstenmal anwesenden Vertreter Moskaus müsse man zu den russischen Vorschlägen Stellung nehmen.

Graf Bernstorff erklärte, die deutsche Regierung sei entschlossen, im Geist und nach dem Wortlaut der Beschlüsse der letzten Völkerbundversammlung mitzuarbeiten. Litwinows Kritik sei herb gemeint, aber ähnliche radikale Vorschläge habe seinerzeit schon Wilson in seinen 14 Punkten gemacht. Bernstorff beantragte, die Moskauer Vorschläge auf die nächste Tagung der Abrüstungskommission zu verschieben. Der Antrag wurde angenommen. Im Sicherheitsausschuß wird die Sowjetregierung nur durch einen „Beobachter“ vertreten sein.

Der neue Sicherheitsausschuß

Der neue Ausschuss wurde gestern noch gebildet. Er wählte den tschechischen Außenminister Benesch zum 1., den kolumbianischen Gesandten in Paris, Urrutia, zum 2.,

und den schwedischen Außenminister Udden zum 3. Vorsitzenden. Deutschland ist vorläufig durch Graf Bernstorff vertreten. Benesch schlug vor, die Arbeiten des Sicherheitsausschusses folgendermaßen einzuteilen: 1. die Schiedsgerichtsfrage, wobei Benesch auch den Antrag auf Ausarbeitung des allgemeinen Schiedsvertrags erwähnte, den der norwegische Vertreter Nansen bei der letzten Bundesversammlung einbrachte; 2. die Sicherheitsfrage, und in seinem Zusammenhang Prüfung sämtlicher bereits abgeschlossener zweier- oder mehrseitiger Schieds- und Sicherheitsverträge, wozu vom Sekretariat des Völkerbunds eine Zusammenstellung dieser Verträge geliefert werden sollte; 3. die Verpflichtungen aus Artikel 11; 4. die praktische Arbeit des Völkerbunds aus Artikel 16.

England gegen die russischen Vorschläge

Der Hauptvertreter Englands in der Vorbereitenden Kommission, Minister Lord Curzon (Mac Neill) erklärte dem Vertreter des Bureaus Reuter, Litwinow habe sich nicht an die Tagesordnung gehalten. Seine Vorschläge haben mit den Verhandlungen nichts zu tun gehabt; sie müssen solange zurückgestellt werden, bis die Abrüstungsfrage um vieles weitergekommen sei.

Der diplomatische Mitarbeiter des halbamtlichen Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, es sei kein Zweifel, daß die Kommission es ablehnen werde, sich mit den russischen Vorschlägen überhaupt zu befassen. Es sei abzumachen, ob die Moskauer dann ihre Drohung, abzurufen, wahr machen werden, oder ob sie wie in einem Handelsgeschäft statt der 100prozentigen eine 50prozentige Abrüstung vorschlagen werden.

Selbst die Blätter der Arbeiterpartei erklären die Moskauer Vorschläge für wertlos. Einigen Hirngespinnste. Auf eine Anfrage erklärte Chamberlain im Unterhaus, er habe keine Information erhalten, wonach die Sowjetregierung die Absicht habe, in Genf die Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu England aufzuwerfen.

Amerikas Abjage

Die Regierung der Vereinigten Staaten, die „beobachtend“ an den Sitzungen des Vorbereitenden Ausschusses beteiligt ist, hat erklärt, daß sie kein Mitglied in den zu errichtenden neuen Sicherheitsausschuß entsenden werde, da Amerika grundsätzlich keine politischen oder militärischen Verpflichtungen in Europa oder gar die Bürgschaft für die Grenzen eines europäischen Staats übernehme.

Der Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, auch für Großbritannien gebe es gewisse Einschränkungen. Das amerikanische Verlangen nach einer Verringerung des Blockade rechts z. B. werde vermutlich demnachst zu einer britisch-amerikanischen Konferenz führen, und bis dort eine Klärung herbeigeführt sei, könne England sich an keiner vom Völkerbund verhängten Blockade beteiligen, an der Amerika nicht ebenfalls teilnehme.

Neueste Nachrichten

Die Durchführung der Schulkinderpreise

Berlin, 1. Dez. Für die Zwecke der Kinderpreise sind vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft 2 500 000 Mark ausgeschüttet worden. Diese Geldmittel sind auf die einzelnen Länder und Provinzen nach einem Schlüssel unterteilt worden, der neben der Bevölkerung die Zahlen der Zuschlagsempfänger aus der Erwerbslosenfürsorge und die besonderen Verhältnisse einzelner Notstandsgebiete berücksichtigt. Die Durchführung des Kinderpreiswertes soll nach den bisherigen Richtlinien erfolgen, die in erster Linie die Abgabe eines Milchfrühstücks in der Schule unter Beigabe eines Gebäckstücks an unterernährte Kinder vorsehen.

Von der Reichsbahn

Berlin, 1. Dez. Nach dem Bericht des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft sind gegenüber den Ausgaben von 1927 für das kommende Geschäftsjahr Mehrausgaben von insgesamt 283 Millionen RM. zu berücksichtigen. Eine neue Besoldungsordnung für die Reichsbahnbeamten konnte angesichts des Stands der Reichstagsverhandlungen noch nicht aufgestellt werden. Der Prozentanteil der Personalabgaben an den Gesamtausgaben ist gegenüber dem Jahr 1913 von 44,16 Proz. auf 77,19 Proz. gestiegen. Die sachlichen Ausgaben sind für die verschiedenen Materialien um 44—67 Proz. gestiegen. Demgegenüber haben sich die Verkehrseinnahmen im Durchschnitt für den Personenkilometer um 22 Proz. und für den Güterkilometer um 30 Proz. erhöht. Unter diesen Umständen hat sich die Hauptverwaltung darauf entschlossen, vorläufig für das Geschäftsjahr 1928 einen Voranschlag als Versuch aufzustellen, bei dem trotz der erheblichen Mehrlasten die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden. Bei der Erneuerung des Materials ist man auf das noch traubare Mindestmaß zurückgegangen.

Eisenbahnerstreik in Dresden

Dresden, 1. Dez. In verschiedenen Dienststellen der Reichsbahn in Dresden sind gestern etwa 1000 Betriebsarbeiter in den Ausstand getreten. Dies hat verschiedenartig zu bedeutenden Zugverspätungen geführt. Bei Dresden-Blauen stießen zwei Güterzüge zusammen, was ebenfalls eine größere Betriebsstörung verursachte. Falls der Streik sich weiter ausdehnen sollte, wird die Annahme von Gütern usw. zur Beförderung beschränkt werden müssen. Die Reichsbahndirektion hat die Forderungen des Einheitsverbands der Eisenbahnarbeiter: Wiedereinstellung sämtlicher entlassenen Arbeiter, die Widerstand gezeigt oder gestreift haben, ohne Lohnabzug und Verzicht auf Maßregelungen, abgelehnt und wird bis auf weiteres keine neuen Verhandlungen führen.

Vorah gegen Anerkennung der Sowjetunion

Washington, 30. Nov. Vorah erklärte, daß er bei der nächsten Session des Kongresses von neuem einen Antrag gegen die Anerkennung der Sowjetregierung einbringen werde.

